

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Bismarck über die deutschen Beziehungen Preussens, über das Herrenhaus und über die Schleswig-holsteinische Frage.

Die „Deutsche Revue“ veröffentlicht eine Reihe von ungedruckten Briefen Bismarcks aus den Jahren 1859–1861; wir wählen daraus folgendes Stück aus Petersburg, den 14./2. Mai 1861, datierten Briefes über die deutschen Beziehungen Preussens aus:

Die schimmigen Klippen bleiben, außer Nechberg, immer Beust und König Georg in Hannover. Die werden uns gutwillig nicht eines Naarcs Breite einräumen. Ich weiß nicht, ob wir Mittel und Abicht haben, durch Anregung bairischer ehrgieriger Gelfüße auch das 8. Armeekorps in Württemberg für uns zu gewinnen; sonst werden unsere militärischen Anträge immer Deisterreich, die vier Königreiche, beide Deissen und Solstein gegen sich haben. Beschlässe, wie wir sie brauchen, bedürfen aber der Stimmeneinheitlichkeit. Haben wir also auf dem Wege verfassungsmäßiger Anträge und Beratungen irgend welche Aussicht, aus der jetzigen Verfassung der deutschen Wehrkraft herauszukommen? Es scheint, daß wir es noch hoffen. Sonst hätten wir den Antrag vom 2. c. nicht gestellt. Und wenn er angenommen wird, haben wir die Anweisung auf Verfassungsmäßigkeit mit Wien, also Stein statt Brod. Haben wir ein Symptom, nach welchem wir von Nechberg etwas Anderes erwarten dürfen, als er 1850 und 1855 bis heute in Betreff unsrer Gefahr hat? Er würde uns längst dahin gebracht haben, ihm gerührt in die Arme zu sinken, wenn er auf die Verfassungsmäßigkeit mit uns einen kleinen Teil von dem guten Willen verwenden wollte, den er anbietet, um Anstand zu gewinnen, zu Thuns Verzweiflung, der die Schiffsarbeit satt hat. Wenn Napoleon die Hand dazu bieten wollte und könnte, so würde er um eine mehr oder weniger katholische entente cordiale mit Wien nicht lange zu bitten brauchen. Man wirft mir blinden Haß gegen Deisterreich vor, aber ich wäre noch heute, wie im Stände politischer Unschuld vor zehn Jahren bereit, mich ehlich mit Deisterreich zu verbinden, so schwach es selbst geworden ist, wenn ich den kleinsten Beweis von gutem Willen für uns an der Donau zu entdecken vermöchte. Mit der kaltsblütigen Parteilichkeit eines beobachtenden Naturforschers spreche ich die Ueberzeugung aus, daß das Wiener Kabinet zwar die alte heilige Allianz mit England und einem durch beide bevormundeten Preußen aus Sicherheitsgründen in erster Linie erachtet, aber ebenso gern das schwarzberglige Dreikönigreich über einen westmächtliden Dezemberbund eingeht und sich, wenn Napoleon will, lieber mit ihm allein einläßt, als mit irgend einer Konföderation auf dem Präzidenten an unsere Thür zu klopfen. Daß es, wie einzelne Zeitungen drohen, mit national-deutschen Anträgen am Bunde vorgeht, glaube ich nicht. Es würde die außerordentlichen Großmächte dadurch herausfordern. Auch wir werden nichts davor thun. Es unterbleibt also. Die dieser Mangel an politischer Bewegung, diese Situation auf dem Gebiet nationaler Politik bei uns wirkt, geht aus der Tatsache hervor, daß unser öffentliches Leben seit 6 Monaten von Stieber-Schwartz und Pakke zehrt. Man fragt sich mit Recht: wie kann ein Staat wie Preußen, der gut regiert sein soll, ein intelligentes Volk in dieser Lage Europas an solchen Mifern erfinden? Ist der Haß der Unterthanen gegen ihre Obrigkeit so groß, daß aus Anlaß solcher Kappalien die ganze Presse einstimmig über das ganze Regierungssystem herfällt und Europa mit ihren Anklagen über die Verworfenheit preussischer Beamten erfüllt? Wir haben das Interesse an Politik groß gezogen im Volke und füttern es nicht. Da sucht es sich seine Nahrung in der Gasse und im Kiehl. Was wäre unsere Presse seit dem Herbst ohne Stieber, MacDonald und Pakke, ohne die Hasen und Pferde der Schutzmänner von Berlin geworden?

Ich werde mich zu etwas Erfreulicherem: Ich bin recht froh, daß die Grundsteuer abgethan ist. Ich halte sie für eine sehr ungerechte Steuer, aber seit sechs Jahren habe ich meinen Parteigenossen zugeordnet, dem Moloch der Zeit dieses Opfer zu bringen, ohne so viel Anstand zu finden, daß ich in anderer Form als der einer störrischen Apokalypse mich öffentlich hätte in diesem Sinne aussprechen können. Die öffentliche Meinung wird durch dieses Bortum übrigens doch nicht mit dem Herrenhause ausgeglichen werden. Ich bin von Gasse aus kein Anhänger dieser Institution, so wie der hochgeliebte König sie geschaffen hat, gewesen. Ich finde ihre Unterlage zu dünn und unbillig. Bei der Einrichtung wurde meine Ansicht gelegentlich erfordert. Ich stimmte für eine aufräuberische gewöhnliche Repräsentation der gesamten Mittergutsbesitzer der Monarchie mit einem Kern erblicher Pärs von Standesherrn und großen Magnaten, so viel wir deren haben. Ich fiel aber im Kabinet gegen Niebuhr, der dabei war, glänzend durch. Ich würde noch heute raten, eine verfassungsmäßige Reform in dieser Richtung anzustreben, wenn die Sache Leben bekäme.

In der holländischen Sache bedauere ich, daß wir die englischen Vermittelungsbestrebungen so früh und kurz abgelehnt haben. Könnten wir allein mit dem Bund etwas Nützliches in der Sache herstellen, so wäre es sehr gut; da sie aber nur als todtte Last auf unseren Schultern ruht, so hätte ich wenigstens die Zeit mit Unterhandlungen betrogen und guten Willen besetzt. Gortschakow hat meines Erachtens ganz recht, wenn er sagt, Schleswig ist keine rein deutsche Sache, der Ehrenpunkt, fremde Vermittlung in inneren Angelegenheiten fern zu halten, greift also nicht Platz. Daß die englischen Vorschläge so ohne Weiteres annehmbar wären, will ich nicht behaupten, aber ich hätte es lieber gesehen, wenn wir uns der Verhandlung nicht verweigert hätten. Es hätte die Sache auf Papier und in die Länge gezogen und uns ein verächtliches, billiges denken des Ansehen gegeben. Quid nunc?

Angelegenheit die zweideutigste Rolle spielte. Er war es, der nach allen bisher vorliegenden Meldungen dem Kriegsrat die sogenannten geheimen Aktenstücke übermittelte, von denen weder der Angeklagte noch dessen Rechtsbeistand Kenntnis erhielt. Auf diese Weise soll das schwandene Kriegsgericht im Jahre 1894 zur Verurteilung des Kapitän Dreyfus gebracht worden sein. General Mercier war es dann auch, der die Legende von dem Gesandnisse des Kapitän Dreyfus in die Welt setzte, indem er behauptete, der Kapitän Lebrun-Renaud habe ihm davon Mitteilung gemacht. Einer der Nachfolger des zum Mindesten sehr phantasiereichen früheren Kriegsministers General Mercier, Herr Canabnac, hat diese Tatsache in der Montagssitzung der Deputiertenkammer feststellen müssen. So gewinnt man den Maßstab für die neueste Kundgebung des Generals Mercier, die Rede, in der er sich im Hinblick auf seinen am 8. Dezember bevorstehenden Rücktritt von dem Offizierskorps des 4. Armeekorps in Le Mans verabschiedete. Ganz ernsthaft wiederholte der frühere Kriegsminister die Fabel, daß aus Anlaß der Revision Angelegenheit auswärtige Verwicklungen entstehen könnten. „Aber“, phantasierte General Mercier, „wir wollen nicht Männer der leeren Worte sein, wir sind und wollen Männer der That bleiben, und unsere Tätigkeit wollen wir dazu verwenden, um uns in der Lage zu halten, unsere Tüchtigkeit zu bekämpfen und zu schlagen, an welcher Grenze und unter welcher Form dieselben sich auch zeigen sollten. Hierin und nur hierin allein kann jenes große militärische Komplotz bestehen, von dem man sprach, und wenn man in der nächsten Zukunft gezwungen sein wird, unsere Hilfe in Anspruch zu nehmen, so werden diejenigen, welche uns heute beschimpfen, nur allein glückselig sein, wenn sie konstatieren, daß wir ihnen in so thörichter und verblendeter Weise unternehmenen Werke uns widergesetzt und dasselbe überlebt haben.“ General Mercier wird allerdings aus schwerer Kompromittierung aus der Revision Angelegenheit hervorgehen; deshalb möchte er noch in letzter Stunde „graulich“ machen. Daß er zugleich die „Intellektuellen“ angreift, beweist nur von Neuem, daß er nicht zu diesen gehört.

Der „Temps“ kritisiert die Ansprache des Generals Mercier und sagt, er solle nur nicht das ungedruckte Verfaßten von 1894 vergessen. Ohne dasselbe wäre gegen Dreyfus augenblicklich keine andere Anschuldigung als die des Vordereaus vorhanden, und man wisse, daß Dreyfus die Wahrheit freigesprochen werden müsse.

Die Gegner des Oberstleutnants Picquart frohlohen in der Presse so geräuschvoll, als glaubten sie wirklich, er sei nun der Militärjustiz mit gebundenen Händen ausgeliefert und als Schrittsführer verurteilt. Dabei machen einige der Regierung Komplimente, auf welche die Herren Dupuy und de Freycinet schwerlich stolz sind. Drumont ist mißtrauisch und fragt, ob es wahr sei, daß sich hinter der Haltung des Kabinetts irgend eine Niederträchtigkeit verberge. „Sollte die Regierung etwa im Stande sein, sich zu einem gemeinen Streiche herzugeben, den die alten Schurken des Kassationshofes im Verein mit den schändlichen Gesellen des Senats vorbereiten, um den Dossier Picquart zu eskamotieren?“ Hofeort spricht seinerseits dem Ministerpräsidenten Dupuy jede Befugnis ab, die Allianz des obersten Gerichtshofes zu proklamieren, und gibt den Lesern des „Internationale“ ganz ernsthaft die Versicherung, der Kassationshof sei nicht berechtigt, seine Rolle und seine Krümmungen in die Affaire Picquart zu stecken. Die radikalen Blätter beurteilen das Verhalten der Regierung und der Kammermehrheit sehr herb. Der Abgeordnete Willander prophezeit den Abgeordneten, sie werden ihren Mangel an Muth und ihren übermäßigen Gehorham bald schwer zu bereuen haben. Im „Kapper“, dem Blatte des Interpellanten Charles Vos, kann man lesen, es gehe thätiglich keine Regierung und kein Abgeordneterhaus mehr. Die Blide müssen sich jetzt dem Senat und dem Kassationshof zuwenden, der das entscheidende Wort zu sprechen habe. Cornély sagt im „Figaro“, die bereits gestern mitgetheilte Erklärung des Abgeordneten Poincaré werde einen tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung machen. Er selbst hatte beim Lesen der Rede des ehemaligen Ministers die gleiche Empfindung, wie zur Zeit, da er noch Studirender der Medizin war und beim Besuch der Hospitaller manchmal dem Aufschreiben eines Geschwüres beizuhelfen. Auch Senator Trarieux weiß Poincaré Dank für die Offenheit, mit der er über das genaue Verhältnis des Ministeriums Dupuy von 1894 zu der Dreyfus-Affaire sprach.

In der Salle du Pré-aux-Cleres (rue du Bac) fand vorgestern eine Studentenversammlung zu dem Zwecke statt, gegen die kriegsgerichtliche Verfolgung des Oberstleutnants Picquart Einsprache zu erheben. Neben und hinter dem Vorstehenden, dem Institutsmitgliede Duclaux, hatten der Akademiker Anatole France, der Professor Louis Havet vom College de France, Joseph Meinhart, Bernard Lazare und mehrere Hospitalärzte, sowie Professoren an der medizinischen Fakultät Platz genommen. Die Redner, deren erster Anatole France war, wiesen mit Gemüthlichkeit auf den Fortschritt hin, den die Sache der Gerechtigkeit seit Jahresfrist gemacht hat. Professor Gley gab noch besonders seiner Freude darüber Ausdruck, daß die studierende Jugend sich für Recht, Gerechtigkeit und Freiheit begeistert. Louis Havet erzählte von einem Besuch, den er vor einigen Tagen dem Oberstleutnant Picquart im Militärgefängnis gemacht hat. Der Gefangene ist guter Dinge und seiner Sache sicher. Er bringt seine Zeit mit Lesen russischer Romane in der Originalsprache zu, und es gereicht ihm zur Erholung, sich vor dem Kassationshofe vernehmen zu lassen. Als die Versammlung auseinanderging, wurde auf der Straße für Picquart und Jola, aber auch gegen die beiden manifestiert. Eine Schaar Studirender zog, wie telegraphisch gemeldet, in die Nähe des Militärgefängnisses und ließ in der Rue du Cherche-Midi Picquart so laut hochleben, daß der Gefangene, wenn er nicht schon schlief, die Rufe hören mußte.

Aus dem Reiche.

Das Stöckerische „Volk“ wird vom 1. Januar 1899 ab nicht mehr in Berlin, sondern in Siegen erscheinen. — Die Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt für Westfalen be- willigte in einer Ausschüttung eine Million zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnhäusern. — Auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten an die Handelskammer in Aachen über den Stand der Fleischverfälschung in Aachen beschloß die Kammer, behufs Abwendung einer etwaigen Fleischverfälschung die zeitweilige Aufhebung des bestehenden Vieh-einfuhrverbots von Holland zu beantragen. — Die Unterhandlungen wegen Finanzierung der großstädtischen Schaffgottschalks Pläne zur Erweiterung des Riefenberger Bahnsystems sind dem Abschluß nahe. Projektirt sind außer verschiedenen Kleinbahnen die Verfertigung der Gebirgsbahn mit Elektricität und Wasser. Für das schließliche Bismarckentwurf schloß das Komitee den Königsplatz in Breslau als Standort vor. Bis jetzt sind 110 000 Mark gesammelt worden. — Der von vielen Handelskammern unterstüzte Antrag der Handelskammer Wiesbaden auf Ermäßigung des Wagenfuhrgebühres insbesondere für Sonn- und Festtage und den ersten Vortag ist von der preussischen Eisenbahnverwaltung im Interesse der Beilehnung des Wagenfuhrgebühres abgelehnt worden. — In Posen siegen wie in der zweiten Abtheilung, so auch in der ersten Abtheilung bei den Stadtverordnetenwahlen die Deutschen. Es wurden vier Deutsche gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung wird nunmehr aus dreißig Deutschen und sechs Polen bestehen. — Das bayerische Ministerium des Innern hat in Bezug auf die Förderung des Handwerks in einem Rundschreiben an die Regierungen darauf hingewiesen, daß die augenblicklich im Gange befindliche Neu- und Umgestaltung der Innungen, sowie die Reorganisation der sonstigen gewerblichen Vereinigungen den geeigneten Zeitpunkt bieten, um im Handwerkerstand Anregungen zur Bildung von Genossenschaften, welche die Beschaffung und Benutzung der für den handwerksmäßigen Betrieb eines Gewerbes geeigneten Maschinen und Werkzeuge auf gemeinsame Rechnung zum Zwecke haben, zu geben. Das Rundschreiben weist auf die außerordentlichen Fortschritte hin, welche im letzten Jahrzehnte auch auf dem Gebiete der Arbeitsmaschinen und Werkzeuge gemacht worden sind und glaubt konstatieren zu können, daß im Handwerk diese Fortschritte noch viel zu wenig gekannt und gewürdigt sind. Das Ministerium sagt die materielle Unterstützung und Förderung der zu dem obengedachten Zwecke gebildeten Vereinigungen zu. In geeigneten Fällen sollen geringe vergünstigte oder unversinsliche Darlehen gewährt werden. Außerdem ist eine permanente Ausstellung von Kraft- und Arbeitsmaschinen, sowie Werkzeugen, die für das Handwerk geeignet sind, in Nürnberg in Aussicht genommen, um neben der sachmännischen Erprobung der Maschinen und Werkzeuge den Handwerkern Gelegenheit zur persönlichen Einsichtnahme zu bieten.

Deutschland.

Berlin, 1. Dezember. Der Parade, die heute Mittag 1 Uhr in der Straße Unter den Linden stattfinden soll, wird, wie gemeldet, der feierliche Einzug des Kaisers in Berlin von Schloß Bellevue aus vorangehen. Die Abfahrt des Kaisers von Potsdam erfolgt Vormittags 11 Uhr; um 12 1/2 Uhr steigt der Kaiser in Schloß Bellevue zu Pferde und reitet, begleitet von zwei Generalen und zwei Flügeladjutanten, durch die Bellevueallee nach der Charlottenburger Chaussee und auf dieser dem Brandenburger Thor zu. Die ihn hier erwartenden beiden Generale, der kommandierende General des Gardekorps, General der Infanterie v. Bock und Polach, und der Gouverneur, Generaladjutant Graf von Wedel, haben je zwei ihrer Adjutanten bei sich. Die Truppen, die im Paradezug ausrücken, sind angeordneten Märschen, die Fußtruppen mit Paradegepäck, nehmen auf dem Mittelwege Unter den Linden am Giesengitter vom Barier Platz bis zum Denkmal Friedrichs des Großen und hier bis zum Lustgarten zur Spalierbildung Aufstellung. Die Kadetten bilden im Lustgarten Spalier. Sobald der Kaiser am Brandenburger Thor erscheint, wird brigadenweise präsentirt, die Kadetten präsentiren sich. Die Truppen rufen, wenn der Kaiser an den respektiven Plätzen anlangt, dreimal „Hurrah!“ Die Fahnenkompanie des Kaiserregiments, die Front der Kadetten abgeritten, in Kompagniekolonne, die Standartenesabron dahinter; ihnen schließen sich zum Vorbeimarsch die nach der Kaiser Wilhelmstraße und dem Schloßplatz abrückenden Truppen an, das Alexanderegiment, das 3. Garde-Regiment, das Garde-Pionierbataillon u. s. w. Die sämtlichen militärischen Gebäude haben den Befehl erhalten, zu flagen.

Das Gesandte, welches Kaiser Wilhelm anlässlich des Regierungsjubiläums an Kaiser Franz Josef sandte, besteht aus einem großen, ein Meter hohen Porzellan-Aufsatz, der nach oben in einer zart durchbrochenen Kokosmuschel endet. Vier polychrome Frauentheile umfassen die Mittelfaule. In ungemein reicher Malerei, welche alle Flächen fast vollständig bedeckt, sind sämtliche Lustschlösser und Residenzen des preussischen Königshauses dargestellt. Zwei andere Aufsätze tragen auf Säulen Frankreichs. Außerdem sandte Kaiser Wilhelm vier Zarinbildern in Bootform. Bei der Ueberreichung waren nur Graf Gulemburg und Graf Moltke anwesend.

Der Pariser „Temps“ kündigt die demnächstige Verlobung des Prinzen Georg von Griechenland mit der Prinzessin Vittoria, einer Tochter des Prinzen von Wales, an.

In der lippehen Angelegenheit kurlirt in Bundesrathskreisen die Ansicht, daß sehr wahrscheinlich diese Verammlung sich darauf beschränken wird, den Schiedsspruch des Königs von Sachsen als einzige Richtschnur ihres Verhaltens anzusehen, so zwar, daß durch diesen Schiedsspruch auch die Thronfolgefrage in Lippe-Deimold als geregelt erachtet wird und auf diese Weise den schamunglichen Reklamationen keine Folge gegeben werden könne.

Kommandeur des Jüßlir-Regiments Fürst Karl Anton von Hohenzollern Nr. 40 in Aachen; zu Kommandeuren gerade dieses Regiments pflegen stets nur hervorragend tüchtige Offiziere ernannt zu werden, und Oberst Keim ist noch im Januar dieses Jahres in seiner Kommande als „ein zu den höchsten Führerstellen in der Armee aufs beste befähigter Offizier“ bezeichnet worden. Man erzählt sich, daß Oberst Keim durch ein vom Bord der „Hohenzollern“ datirtes Telegramm plötzlich zur Einreichung seines Abschiedsgesuches aufgefordert worden ist. Er mußte dieser Aufforderung nachkommen und ist darauf nicht „in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt“, sondern es ist ihm „der Abschied bewilligt“ worden. Die Maßnahme ist um so auffälliger, als Keim der fünfzehnte Oberst zur Beförderung zum Generalmajor war. Es wird die Vermuthung geäußert, daß er durch seine militärisch-geschäftliche Tätigkeit Anstoss erregt habe. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß die letzte Ausgabe des „Wit-Boch-Bl.“ vom 26. v. M., die seine Verabschiedung bekannt gibt, auch den Schluß einer Abhandlung über „angewandte Taktik“ aus Keims Feder enthält. In der Presse ist bereits an die Verdienste erinnert worden, die Oberst Keim sich anlässlich des Kampfes um die Militärvorlage 1893 im Reichstag erworben hat und für die er damals durch die Verleihung des Kronenordens 3. Klasse ausgezeichnet worden ist. Der Bericht, in welchem der damalige Reichskanzler Graf Caprivi dem Kaiser den Oberstleutnant Keim für eine besondere Auszeichnung in Vorschlag brachte, enthält den Hinweis, daß ohne Keims unermüdete Tätigkeit die Militärvorlage auf's schwerste gefährdet gewesen wäre. Oberst Keim ist übrigens nicht Preuze, sondern Hesse.

Der ungelöste Ton, welchen der österreichische Ministerpräsident Graf Thun bei der Beantwortung der Interpellationen wegen der Ausweisung österreichischer Slaven aus Preußen im Wiener Reichsrath angelassen hat, ist, wie von uns, so auch von anderen deutschen Blättern alsbald zurückgewiesen worden. Es ist erwähnenswerth, daß dies in der „Nordd. Allg. Ztg.“ bei der Wiedergabe der Rede des Grafen Thun festgesetzt wird; das Regierungsgesandte Thun fester die Bemerkung hinzu: „Ein Theil der deutschen Presse theilt sein Befremden über diese Rede, besonders über den Schluß derselben aus.“ Solches Befremden kommt nach Wiener Meldungen auch in den dortigen Organen des Deutschthums zum Ausdruck; man erblickt dort in der Rede des Grafen Thun, die als unberechtigt gekennzeichnet wird, einen Beweis dafür, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn der jetzigen cisleithanischen Regierung nicht am Herzen liege, wohl gar bereits bedroht sei. Ob das Letztere der Fall ist oder ob Graf Thun vermöge der Bedürfnisse seiner slavisch-reaktionären Haltung von der Linie der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns in Worten abgewichen ist, welche durch das thätigste Verhalten dieser Politik desavouirt werden, muß sich bald zeigen.

Wie verlautet, soll sich der Kostenanschlag des Gelehtwurfs betr. die Regulierung der Hochwasser bringenden Nebenflüsse der Oder u. s. w. auf insgesamt rund 106 Millionen Mark belaufen, von welcher Summe etwa 75 Millionen Mark auf Schlesien, der Rest auf die Provinz Brandenburg entfallen würde. Die Provinzen sollen von dem für sie aufzuwendenden Betrage je ein Fünftel aufbringen, während vier Fünftel der Staat übernehmen soll. Darnach hätte Schlesien 15 Millionen Mark beizutragen. Es besteht die Absicht, von dieser Summe die eine Hälfte auf die Provinz als solche zu übernehmen, die andere Hälfte aber den Interessenten aufzuerlegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. November. Morgen Abend findet ein improvisirter Fackelzug von 6000 Personen vom Rathaus über die Ringstraße statt. Bei der Uebergabe des Jubiläumsgeschenkes Kaiser Wilhelms durch Graf Gulemburg und Herrn von Moltke sprach Kaiser Franz Josef in anerkennendsten Worten seine Bewunderung der Leistungen der Berliner Porzellanmanufaktur aus.

Best, 30. November. Nach dem Staatskassen-Anweis des dritten Quartals betragen die Einnahmen 133 674 732 Gulden, die Bruttoausgabe 132 380 496 Gulden. Die Einnahmen sind um 2 365 520, die Ausgaben um 567 817 Gulden geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wicht ist die Bilanz des 3. Quartals um 1 797 733 Gulden ungünstiger als die des gleichen Quartals im Vorjahre.

Schweiz.

Bern, 28. November. Der von der sozialdemokratischen Gruppe der schweizerischen Eisenbahnangestellten heftig angegriffene Generalsekretär des Eisenbahnverbandes, Dr. Sourde, Nationalrath, vertheidigte gestern vor der 1200 Mann starken allgemeinen Versammlung zu Luzern seine Tätigkeit sowie seine politische Haltung ebenso geschickt als kräftig und trug über seine Widerfacher einen bemerkenswerthen Sieg davon.

Frankreich.

Paris, 30. November. Beim Beginn der heutigen Sitzung der Progressivengruppe sprach sich Barthelemy über seine Haltung in der Montagssitzung der Deputiertenkammer aus und sagte, er habe von seiner Erklärung nichts zurückzunehmen und habe seiner Pflicht und seinem Gewissen gehorcht. Er habe in seinem eigenen Namen gesprochen und er behalte sich vor, bei geeigneter Gelegenheit nochmals einzugreifen. Die Partei drückte darauf Barthelemy von Neuem ihr Vertrauen zu seiner politischen Leitung der Progressivengruppe aus.

Die spanisch-amerikanische Friedenskommission beschloß heute in ihrer heutigen Sitzung mit der Abfassung der drei ersten Friedensartikel betreffend die Abtretung Kubas, Puerto Ricos und der Philippinen, über welche die Kommission im Prinzip Uebereinstimmung erzielte. Sodann wurde in eine generelle Besprechung der folgenden Artikel eingetreten. Es kam jedoch zu keinem Beschluß, und wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Bordeaux, 30. November. In den letzten aus Bilbao hier eingetroffenen Zeitungen wird von dortigen Unruhen der Karlisten berichtet. Wie es darin heißt, sollen in der Umgegend

Bilbaos verschiedene Vorsichtsmaßregeln getroffen sein und namentlich die Klöster überwacht werden. Ferner wird erzählt, daß die Bilder Don Carlos' und Don Jaimes unter Briefumschlägen verbreitet werden. In der Provinz Castillon habe sich bei Alcala eine kleine Bande gebildet, welche von der Gendarmerie verfolgt werde. In Karlistischen Kreisen behaupten man, der Präsident verfüge über gewisse Hülfsmittel. Die Blätter bestätigen indeß, daß keine Anleihe zu Stande gekommen ist.

Spanien und Portugal.

Madrid, 30. November. Alle nach außerhalb bestimmten Drahtmeldungen über die Karlistischen Bewegungen unterliegen neuerdings einer so scharfen Zensur, daß die unabhängige telegraphische Berichterstattung geradezu unterbunden ist.

Rußland.

Petersburg, 30. November. Der Pariser „Matin“ veröffentlicht einen Bericht über eine Unterredung, welche ein englischer Politiker mit dem Kaiser Nikolaus II. gehabt habe. Der Politiker zollt dem Kaiser Nikolaus das höchste Lob und hebt insbesondere dessen gründliche und genaue Betrachtung der Dinge, sein erhabenes Gefühl und seine angeborene Güte hervor. Kaiser Nikolaus habe sich bei ihm über die aggressive Haltung der englischen Blätter gegen Rußland beklagt und seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß auch Politiker glauben, der Presse darin folgen zu sollen. In Betreff der Abrüstungskonferenz habe Kaiser Nikolaus seinen Willen dahin erklärt, daß er etwas Greifbareres und Praktischeres als eine bloße Forderung auf den Frieden anstrebe. Seiner Meinung nach könnten sich die Mächte über folgende Punkte einigen: Nämlich sich bis zur Erzielung eines neuen Uebereinkommens einen Stillstand in den Rüstungen aufzuerlegen und sich damit zu begnügen, die gegenwärtig bestehenden Rüstungen zu vervollkommen. Nach Ablauf von fünf Jahren könne man eine neue Periode zur Einhaltung der gedachten Verbindlichkeit festsetzen. Die Mächte sollten auch die im Falle eines drohenden oder möglichen Konfliktes einschneidende Haltung regeln. Kaiser Nikolaus spricht schiedsgerichtlichen Austragungen das Wort, da hierdurch selbst beim Beschlagen der begünstigten Vermittlungen die Gegner ihr kaltes Blut wieder gewinnen würden. In Ansehung Fajshodas wäre es der Wunsch des Kaisers gewesen, daß England die Vereinigten Staaten und Frankreich Rußland zu Schiedsrichtern gewählt hätte, wobei Kaiser Franz Josef hätte erforderlichen Falls den Ausschlag geben können. Kaiser Nikolaus stellt entschieden in Abrede, daß Rußland Frankreich ermuntert hätte, vor den Feindlichkeiten nicht zurückzuweichen, was — wie er sagte — absurd wäre.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. Dezember. Die 27. ordentliche General-Versammlung der Stettiner Bergschloß-Brauerei, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Rudolph Mühlforth, fand heute Vormittag 11 Uhr im Vörlagegebäude statt und war von 10 Kommanditisten besucht, welche über die Stimmen eines Aktienkapitals von 467 400 Mark verfügten. — Nach Eintritt in die Tagesordnung trug Herr Richard Mühlforth den Geschäftsbericht vor, welchem wir Folgendes entnehmen: Das Resultat des vergangenen Geschäftsjahres ist als ein befriedigendes zu bezeichnen, der Absatz war derselbe wie im Vorjahre. Auf den Betriebskosten fanden die entsprechenden notwendigen Ergänzungen statt. Die Eismaschinen und Kühltanlagen, an welche in Folge des eisfreien Winters, speziell in dem verfloßenen Geschäftsjahre ganz besondere Anforderungen gestellt worden sind, haben sich vorzüglich bewährt, und gleich der elektrischen Beleuchtungsanlage unausgeseht und tadellos funktioniert. Betriebsstörungen sind auch in diesem Jahre nicht zu verzeichnen. Die eigenen Eisenbahn-Waggons waren vollauf beschäftigt und haben in diesem Jahre 201 Reisen gegen 218 im Vorjahre gemacht. Dieser Umstand liegt einerseits in den örtlichen Verhältnissen, welche augenblicklich durch den Umbau des Stettiner Personenbahnhofes hervorgerufen worden sind, andererseits aber auch in den seitens der kgl. Eisenbahn-Direktion getroffenen, den Betrieb ganz bedeutend erschwerenden Anordnungen bezüglich der Stationierung der eigenen Waggons und in einem bereits auch von anderen Betrieben mehrfach empfundenen, mangelnden Entgegenkommen seitens der Eisenbahn-Behörden bei der Verladung von Wagenladungen. Es mußten daher in 127 weiteren Fällen fremde Waggons in Anspruch genommen werden. — Aus dem vorliegenden 27. Rechnungsabschlusse ergibt sich auf Wälgerei, Bier-, Interzessen und Nacht-Konto unter Vinzurenung des vorjährigen Vortrages ein Brutto-Gewinn von 448 426,39 Mark. Nach Abzug der laufenden Abrechnungen, sowie der statutenmäßigen Anteilen verbleiben 220 633,27 Mark, von denen 65 000 Mark als Extra-Reserve und 3000 Mark zur Rudolph Mühlforth-Stiftung zurückgestellt, 150 000 Mark Dividende, d. h. 100 Mark für die Aktie, welche wieder sofort bei der Geschäfts-Kasse Kommerzienrathes 23/24, sowie vom 2. bis 9. Dezember bei den Banthäusern Wm. Schlutow, hier, und S. Bleichröder, Berlin, zur Auszahlung gelangt, und 2633,27 Mark auf neue Rechnung vortragen sind. Die Auslösung der Obligationen geschieht noch vor dem 1. Januar 1899, jedoch die ausgelosten Stücke rechtzeitig in den Geschäftsblättern bekannt gemacht werden können, und die Auszahlung alsdann am 1. April 1899 ebenfalls bei vorgenannten Banthäusern stattfindet. Im neu begonnenen Geschäftsjahre sind die Preise für Gerste etwas niedriger wie im Vorjahre, dagegen ist Dothen um mehr als 100 Mark pro Zentner im Preise höher gegangen, jedoch nicht allzu große Hoffnungen auf das neue Jahr zu knüpfen sind. Der Vorträge befähigt jedoch in dem Bericht des Aufsichtsrathes seine Zustimmung zu dem Vortragen und theilt mit, daß der Abschluß mit allen Belägen rechtzeitig vorgelegt, geprüft und nebst allen Büchern in bester Ordnung befunden sei. Dem Ergehen um Entlastung wurde von der Versammlung stattgegeben. Das nach dem Turnus aus dem Aufsichtsrathe auscheidende Mitglied Herr Wlth. Ambach wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der General Mercier ist derjenige frühere französische Kriegsminister, der in der Dreyfus-

